

Ökologische Linke

Europa marschiert nach rechts?

Antifaschistischer Widerstand überall!

Europaweit sind rechte und faschistische Parteien auf dem Vormarsch. Deutschland ist Führungsnation und antisozialer Stichwortgeber in EU-Europa. Das deutsche Kapital exportiert mit seinen Waren auch soziales Elend nach Süd- und Osteuropa. Es treibt verzweifelte Menschen in die Fallen rechtsextremer Parteien.

Anstatt der **Faschisierung** Wirksames entgegenzusetzen, fördern die bürgerlichen Parteien rechte Propaganda und bieten sich ihr an, um Wahlstimmen zu gewinnen. Die CDU/CSU/SPD-Regierung ernannt 73 Jahre nach dem NS-Faschismus erstmals einen »Minister für Heimat« und schreibt so das Motto »**Deutschland zuerst**« riesengroß auf ihre Fahne. Sobald im März 2018 erneut eine Große Koalition feststand, attackierte sie Arme und Minderheiten. CDU-Minister Spahn verhöhnte Menschen, die von Hartz IV-Bezügen abhängen. CSU-Innen- und Heimatminister Seehofer grenzte muslimische Menschen, deutsche wie nichtdeutsche, aus, indem er behauptete, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Er suchte Anschluss an die AfD, deren faschistischer Funktionär Poggenburg kurz zuvor gegen türkische Menschen und Deutsche türkischer Herkunft gehetzt und gefordert hatte, sie alle aus Deutschland zu vertreiben.

Über Jahrhunderte **erkämpfte soziale und demokratische Errungenschaften** in Europa sind von der Rechtsentwicklung bedroht. Das Leben jüdischer Menschen ist vielerorts nicht mehr sicher. Muslimische Menschen werden beleidigt und angegriffen. Faschist*innen verlangen, dass psychisch kranke und behinderte Menschen **gezählt und erfasst** werden. Auch in bürgerlichen Kreisen breitet sich die Inhumanität aus und trägt den **Vernichtungswillen** gegen »unnütze und unproduktive« Menschen in sich, z. B. in Gestalt von Euthanasiekonzepten.

Die **AfD** als »neoliberale« oder »rechtspopulistische« Partei zu **verharmlosen** soll künftige **Koalitionen** mit dieser rechtsradikalen, sexistischen, rassistischen und antisemitischen Partei **vorbereiten** helfen. Die AfD duldet die Leugnung der Shoa in ihren Reihen. Funktio-



när*innen wollen Geflüchtete an den Grenzen erschießen lassen. Die **AfD** ist eine **Partei des Kapitals**. Sie steht gegen die materiellen Interessen der lohnabhängigen Menschen und für verschärfte Ausbeutungsbedingungen: mehr arbeiten, weniger Geld, geringere soziale Sicherheit, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Die AfD leugnet die Klimakatastrophe. Sie befürwortet die Nutzung der **mörderischen Atomenergie**. Die AfD will die Kosten für das Kapital senken. Ein Steuersatz von 25 Prozent soll das Kapital und Gutverdienende entlasten, auf Kosten der Geringverdienenden und der Armen.

Die **SPD** war einst angetreten, die Lebensverhältnisse der Menschen *innerhalb* des kapitalistischen Systems zu verbessern. Sie verbreitete die Illusion, so gleichsam automatisch zu dessen Ende beizutragen. Eine **leere Verheißung**. Die Sozialdemokratie und die an sie gebundenen Gewerkschaften helfen dem Kapital, die **physische und psychische Verelendung der Lohnabhängigen** innerhalb und außerhalb der Lohnarbeit voranzutreiben. Die zeitweiligen Kampferfolge der Lohnabhängigen sollen zugunsten der grenzenlosen Verwertung des Kapitals restlos abgeräumt werden.

Heute sind **Sozialdemokrat*innen europaweit korrumpiert und diskreditiert**, weil sie an Strategien zur verschärften Ausbeutung und Zerrüttung der sozialen Sicherungssysteme beteiligt waren, deren einziger Zweck darin bestand, die Spielräume des Kapitals zu erweitern. Sie wurden in vielen Ländern »regierungsfähig« und befriedeten möglichen Widerstand gegen das gesamtkapitalistische Zerstörungswerk. Vorreiterin waren die bundesdeutsche SPD-Grünen-Regierung (1998–2005) unter Schröder und Fischer sowie die britische Labour-Regierung unter Tony Blair. Die SPD mutet den Lohnabhängigen Jobs zu, von denen einer nicht zum Leben

empfohlene Termine

2. und 3. Oktober 2018, **Berlin**

Antinationale Aktionen gegen die deutschen Einheitsfeiern

weitere Informationen: www.oekologische-linke.de

reicht. Sie schürt Ängste vor dem »internationalen Terrorismus«, um einen **autoritären Staat** durchzusetzen. Dessen Maßnahmen helfen auch, mögliche soziale Aufstände abzuwehren.

Wer noch an der **Illusion** hängt, es gäbe einen **linken Block** oder eine sozialdemokratische Partei, die sich um die Interessen der Menschen kümmert, sollte **aufwachen**. Die SPD ist mitverantwortlich für den **sozialen Terror der Jobcenter**, mit dem Erwerbslose tagtäglich gedemütigt werden. Die Lohnarbeiter*innen haben nichts von ihrer lebenslangen Maloche für das Kapital. Von ihrer Rente, falls sie eine bekommen, können sie im Alter meist nicht gut leben. **Altersarmut und Armut** in der Unterschicht und in der unteren Mittelschicht sind zum **Massenphänomen** geworden.

Die SPD hat traditionellen und kritisch-linken Wähler*innenschichten nichts mehr anzubieten. Wer glaubt noch ihren sozialen Wahlversprechungen? SPD-Regierungspolitik entpuppt sich als das genaue Gegenteil.

Die **deutsche Linkspartei** stellt keine Alternative für die Interessen der Lohnabhängigen dar. Sie **geht den Weg aller sozialdemokratischer Parteien**. Die Regierungsbeteiligungen auf Länderebene sind geprägt von der Beteiligung an der Zerstörung sozialer Sicherungssysteme, an einer Politik gegen Geflüchtete und der Beteiligung an naturzerstörerischen Projekten wie zum Beispiel dem Abbaggern von Dörfern und Landschaften für die klimaschädliche Nutzung der Kohle.

Lafontaine, Wagenknecht und Dehm sind die Wortführer*innen der **nationalen Linken** in der Linkspartei. Sie drängen die Partei hin zu einer **völkischen Orientierung**. Sie opfern den Internationalismus und wirkliche Solidarität mit den Ausgebeuteten weltweit zugunsten einer

»Volksgemeinschaft«. Sie laufen der AfD hinterher, hoffend, irgendwann AfD-Wähler*innen erben zu können. So treiben auch sie die gesellschaftliche Rechtsverschiebung voran.

Zur **Fiktion eines gesellschaftlichen Linksblocks**, der sich vermeintlich den Interessen des Kapitals entgegenstellt, gehören auch die **Grünen**. Aber die Grünen haben sich seit ihrer Regierungszeit mit der SPD nicht nur von einer sozialen Politik verabschiedet. Sie stellen auch **keine grundlegenden ökologischen Forderungen** mehr. Nach der Bundestagswahl 2017 wollten sie auch den Rest für eine CDU-FDP-Grüne-Koalition preisgeben, aber die FDP sprang ab. Die Grünen haben längst kein Interesse mehr an strukturellen Veränderungen in der Klimapolitik. Sie tun nichts gegen die Urananreicherung und gegen die Produktion von Atombrennstäben in Deutschland. Beides hält die weltweite Atomspirale in Gang. Auf europäischer Ebene sorgten sie dafür, dass EU-Fördergelder für die **Atomenergie** weiter fließen und sie trieben die Forschung für die Atomfusion voran. Seit ihr Außenminister Fischer 1999 Auschwitz relativierte um den **NATO-Krieg** gegen Jugoslawien zu rechtfertigen, stimmen die Grünen weltweiten Kriegseinsätzen des deutschen Imperialismus zu.

Seit 2017 versucht der französische Staatspräsident Macron, das **französische Kapital** im internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampf zu stärken. Befreit von den Fesseln und Altlasten verbrauchter Parteien sahen viele in seiner neuen »liberalen« Bewegung die einzige Möglichkeit, den Durchmarsch des Front National zu

Präsidialsystem und etabliert den Ausnahmezustand als Normalzustand.

Wer weite Teile der Mittelschicht deklassieren will, greift gern zum erfolgreichen **Propagandamittel rassistischer Hetze**. Eine typische Behauptung ist es, dass es die Leistungsfähigkeit der sozialen und ökonomischen Systeme überfordern würde, **Geflüchtete** aufzunehmen und ihnen gemäß eines humanistischen Menschenbildes Schutz zu gewähren. (Selbst wenn es so wäre, **sind wir für offene Grenzen**.) Verschwiegen wird dabei, dass ohne die Zuwanderung von Arbeitskräften, die hier fehlen, die sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Gesamtleistung gar nicht mehr aufrechtzuerhalten wären.

Die richtige **Antwort auf die Unmenschlichkeit** des deutschen Kapitals, das mit seiner Niedriglohnstrategie die Wirtschaft in anderen Ländern niederkonkurriert, ist es, wenigstens die **Opfer der rücksichtslosen imperialistischen Durchdringung der Ökonomie** in den Herkunftsländern der Geflüchteten im kapitalistischen Zentrum EU-Europa aufzunehmen. Der **europäische Kolonialismus** hat **Afrika** als riesigen Ressourcenraum missbraucht. Afrikanische Menschen wurden millionenfach ausgebeutet, versklavt und ermordet. Wir stehen gegen die menschenverachtende Politik der Herrschenden, die Geflüchtete zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken und in der Sahara verdursten lässt und die Überlebenden in Folter- und Abschiebelager pfercht.



verhindern. **Macron** orientiert sich an der kapitalfreundlichen Politik der deutschen Agenda 2010. Dazu gehören die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und eines geregelten Arbeitsmarktes für alle. Er zerstört erkämpfte Rechte von Lohnabhängigen und erlaubt Niedriglöhne. Die Konzerne werden von Steuern auf ihre Profite befreit. Als **Vollstrecker der Interessen der Herrschenden** setzt er das durch, was die französischen Sozialist*innen gegen den **Widerstand der Lohnabhängigen** nicht durchsetzen konnten. Seine enthemmten Freihandelskonzepte verbindet er mit der Bildung eines **autoritären Sicherheitsstaats**. Er zerschlägt im Land der bürgerlichen Revolution die bürgerlichen Rechte, schafft ein autoritäres

Faschist*innen an der Macht haben die Landwege nach Europa für die Fliehenden inzwischen fast vollständig verschlossen. Nicht nur in Ungarn und Polen ist es konservativ-reaktionären bis faschistischen Parteien gelungen, an oder in die Regierung zu kommen. Beispiele: Norwegen Fremskrittspartiet FrP (Fortschrittspartei), Dänemark Dansk Folkeparti DF (Dänische Volkspartei), Österreich Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ. Die Beteiligungen von Rechtsaußen-Parteien an Regierungen sind **auch** Ausdruck der Stärke des Kampfes der Rechten auf der Straße gegen die korrupte Sozialdemokratie.

Konservative bis faschistische Kräfte kämpfen gegen das politische Erbe der außerparlamentarischen

Ökologische Linke
Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/599270

www.oekologische-linke.de
E-Mail: info@oekolinx-arl.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN: DE67 5005 0201 0200 5006 51
BIC: HELADEF1822

tarischen **Revolte der '68er**. Die **Konterrevolution** beseitigt darüber hinaus auch, was einmal in Teilen des liberalen Bürgertums demokratischer Konsens war.

Europa marschiert nach rechts? Dagegen brauchen wir **antifaschistischen Widerstand überall**. Das Wichtigste ist eine **außerparlamentarische linke Opposition**. Sie kann auch eine parlamentarische Option haben. Wir dürfen der Unmenschlichkeit nicht die Straßen überlassen. Solange wir zu wenige sind, um wirklich menschliche Verhältnisse zu schaffen, müssen wir auch innerhalb der bürgerlichen Demokratie für sie und gegen ihre Selbsterstörung streiten und verloren gegangenes Terrain zurückerobern, ohne das Ziel des **radikal verwirklichten Humanismus** aus den Augen zu verlieren.

Wir müssen **autoritäre Raster** überwinden, gezielt und klug Regeln brechen. Es sind in der Geschichte immer **politisch bewusste Minderheiten** gewesen, von denen emanzipatorische Veränderungen ausgingen.

Unser **Ziel** ist eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Herrschaft. Ihre Grundlage ist die **soziale Gleichheit aller Menschen**, ohne die es keine **wirkliche individuelle Freiheit**, keine solidarische Selbstbestimmung gibt. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zu Konkurrenz, Egoismus, Ellenbogengesellschaft, Konsum und Naturzerstörung. Wir wollen eine **antiautoritär organisierte Gesellschaft mit basisdemokratisch geplanter Produktion**, in der technologische Errungenschaften dafür genutzt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und die Menschen von überflüssiger, unangenehmer, krank machender Arbeit zu befreien.

Stellungnahme des
BundessprecherInnenrates (BSR)
der Ökologischen Linken im April 2018